

Außer Kontrolle

Vom Drogenkartell zum Geschäftsmodell: Warum Menchos Tod Mexikos Mafia nicht schwächt, aber ihr System entlarvt.

Nemesio Oseguera alias „Mencho“, der mexikanische Drogenboss, der vor einer Woche bei einem Schusswechsel mit Sicherheitskräften ums Leben kam, war ein Mafioso des 21. Jahrhunderts. Er leitete keinen Familienclan, sondern ein modernes, globalisiertes Verbrecherkonglomerat. Sein Tod wird Folgen haben bis in weit entfernte Länder wie Brasilien, Spanien, Nigeria und Australien. Ob und wo es Nachfolgekämpfe geben wird, ist unklar. Aber eines ist sicher: Die kriminellen Strukturen werden bleiben, weil sich die organisierte Kriminalität in den letzten 20 Jahren tief in die mexikanische Politik und Gesellschaft integriert hat.

Menchos Kartell *Jalisco Nueva Generación* (CJNG) funktioniert wie *Starbucks* oder *McDonald's*: Es vergibt eine Franchise-Lizenz an lokale kriminelle Gruppen. Sie dürfen für ihre Geschäfte (Schutzgelderpressung, Entführungen, Raubüberfälle, Betrug etc.) das abschreckende Logo der CJNG nutzen und bekommen vom Kartell politische Rückendeckung und Unterstützung. Dafür müssen sie eine „Lizenzgebühr“ zahlen und dem Kartell freien Transit für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel garantieren.

Wegen dieser Omnipräsenz der organisierten Kriminalität zahlen inzwischen Hunderttausende Unternehmer in Mexiko Schutzgelder, in der Landwirtschaft, der Gastronomie, im Bergbau und im Transportwesen. Selbst Tortilla-Bäckereien und Schulen sind im Visier der Kartelle. Das CJNG unterhielt zeitweise sogar ein eigenes Call-Center, um US-Rentner zu prellen, die an Mexikos Stränden eine Ferienwohnung kaufen wollten.

Mit dem klassischen Drogenhandel haben die Geschäfte der Kartelle

Mit dem klassischen Drogenhandel haben diese Geschäfte nicht viel gemein. Vor 50 Jahren war das Drogengeschäft in Mexiko überschaubar. Man sprach von der *Pax narca*: Es gab eine Handvoll Kartelle mit klar

*heute nicht mehr viel
gemein.*

umgrenzten regionalen Zuständigkeiten. Sie schmierten den regionalen Militärkommandeur, damit die Drogenladungen nicht aufflogen. Der Militärkommandeur reichte einen Teil davon an die Einheitspartei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) weiter, die von 1929 bis 2000 regierte. Diese duldete das Geschäft unter ein paar Bedingungen: keine Gewaltexzesse, die dem Image der PRI schaden oder die USA auf den Plan rufen könnten. Und: Aus der Politik hatten sich die Kartelle herauszuhalten.

Das für die USA bestimmte Kokain kam aus den Andenländern – Mexiko war nur Transitland. Die lokale Bevölkerung war kaum tangiert oder involviert – außer in traditionellen Opium- und Cannabis-Anbaugebieten, wo Bauern zum Drogenanbau gezwungen wurden.

Heute sind nicht nur die Drogen andere – Exportschlager sind nun synthetische Drogen wie Amphetamine oder Fentanyl –, sondern das komplette Geschäft hat sich verändert. Die Grundstoffe und Vorläuferchemikalien werden aus China importiert; die Pillen werden direkt in Mexiko produziert. Dafür braucht man Chemiker und zudem Killerkommandos, um die Labore zu schützen. Andere Aktivitäten der Kartelle wie Schutzgelderpressung und Prostitution erfordern territoriale Kontrolle und ebenfalls Personal. An Nachwuchs mangelt es nicht. Die Kartelle haben mit gezielten Investitionen (Stadtbesteuerungen, Stipendien, Musikfestivals, Schönheitswettbewerbe) die Narcokultur tief in der Gesellschaft verankert. Das Berufsziel Mafiaboss ist für fast ein Drittel der Jugendlichen in den besonders gewalttätigen Regionen erstrebenswert, haben Sozialforscher ermittelt.

Sie profitieren außerdem davon, dass Mexikos Entwicklungsmodell als verlängerte Werkbank der USA auf Niedriglöhnen basiert. Der Großteil der Mexikaner verdient bei einer Sechs-Tage-Woche den gesetzlichen Mindestlohn von ungefähr 500 Euro im Monat. Die Kartelle verdoppeln das beim Einstieg und locken Spitzenkräfte (Chemiker, Logistiker, Finanzexperten) mit dem zehnfachen Lohn. Einer Studie zufolge beschäftigen sie rund eine halbe Million Menschen und sind damit der fünftgrößte Arbeitgeber im Land.

Die territoriale Kontrolle der Kartelle erfordert stabile Verbündete in Politik, Justiz und bei den Sicherheitskräften. Die grassierende Korruption ist dabei ein willkommener Verbündeter. Mittlerweile

schmieren die Kartelle allerdings nicht mehr bereits gewählte Politiker – sie finanzieren die Wahlkämpfe „ihrer Kandidaten“. Zehn Tage vor der Operation gegen Mencho wurde keine 150 Kilometer von seinem Unterschlupf entfernt einer der prominentesten mit dem Kartell verstrickten Bürgermeister verhaftet: Diego Rivera von der Regierungspartei *Morena* regierte Tequila, das Zentrum des berühmten mexikanischen Agavenschnapses. Er zahlte jährlich umgerechnet fast zwei Millionen Euro an das Kartell und durfte dafür Schutzgelder von den örtlichen Tequila-Keltereien erpressen. Gewaschen wurde das Geld in Immobilien und über öffentliche Bauaufträge.

Eine zentrale Methode der Kartelle ist Einschüchterung. Angst soll Gegner abschrecken und die Bevölkerung lähmen. Deshalb werden verstümmelte Leichen an Brücken aufgehängt oder Folterszenen auf *Youtube* gestellt. Mencho warb dafür gezielt ehemalige Elitesoldaten an, die von Israel oder den USA im Anti-Guerilla-Kampf ausgebildet wurden.

Während der Pandemie gab es noch eine weitere einschneidende Änderung: Da die Unterbrechung der lokalen Lieferketten auch den Drogenexport beeinträchtigte, gingen Mencho und andere Drogenbosse dazu über, ihre Helfershelfer mit Drogen zu bezahlen, die diese dann an die lokale Jugend vertickten. Der Drogenkonsum hat sich Studien zufolge von 2020 bis 2022 verdoppelt.

*Die Politik ist
korrumpiert, die
Gesellschaft traumatisiert.*

All diese Entwicklungen haben die Politik korrumpiert, die Gesellschaft traumatisiert und ihre Organisationskraft geschwächt. All diejenigen, die sich für das Allgemeinwohl einsetzen und den Kartellen im Weg stehen – Umwelt-, Menschenrechts- und soziale Aktivisten sowie investigative Journalisten –, haben einen hohen Blutzoll gezahlt. Rund 1 000 von ihnen wurden seit 2006 ermordet.

Mexikos Regierungen haben im Kampf gegen die Kartelle seit 2006 mit unterschiedlichen Sicherheitsstrategien experimentiert. Der konservative Präsident Felipe Calderón (2006–2012) militarisierte das Land und zog gegen sie in den Krieg. Er ließ ranghohe Drogenbosse festnehmen. Das entspricht der 1992 von der US-Antidrogenbehörde entwickelten *Kingpin*-Strategie, die nun auch wieder bei Mencho zum Einsatz kam. Das Ziel ist, Kartell-Strukturen zu schwächen, um sie dann leichter kontrollieren zu können.

Der Drogenkrieg hatte aber vor allem ein politisches Ziel: Calderón

schmiedete eine Allianz mit den Streitkräften, um mittels Repression die Proteste gegen seinen knappen und umstrittenen Wahlsieg zu zerschlagen. Das gelang ihm, allerdings zu einem hohen Preis: Nach jeder Festnahme brachen brutale Nachfolgekriege aus. Die Gewalt explodierte, die Zahl der Morde verdreifachte sich. Die Kartelle diversifizierten ihr Geschäft und breiteten sich weiter aus.

Calderóns Nachfolger von der PRI, Enrique Peña Nieto (2012–2018), favorisierte eine wirtschaftliche Reformagenda. Zugleich setzte er die Militarisierung zunächst weitgehend fort. Internationaler und gesellschaftlicher Druck aufgrund des Skandals um die 43 entführten Lehramtsstudenten von Ayotzinapa zwangen ihn 2014 zu Reformen der Sicherheitspolitik.

Damals entstand eine innovative partizipative Agenda, die unter anderem die Einsetzung eines unabhängigen und autonomen Generalstaatsanwalts vorsah, außerdem die Professionalisierung der polizeilichen Ermittlungsmethoden und ein zentrales Verschwundenenregister sowie Schutzprogramme für bedrohte Aktivisten und Journalisten. Durch demokratische Mitwirkung und Kontrolle sollte die hohe Straffreiheit angegangen werden (93 Prozent der Delikte werden nie geahndet).

An der Umsetzung des Programms hatte allerdings der linksnationalistische Präsident Andrés Manuel López Obrador („AMLO“), der von 2018 bis 2024 regierte, kein Interesse. Er stellte seine soziale Agenda in den Vordergrund, mit dem Ziel, die „neoliberale Elite“ zu verdrängen und die Macht seiner *Morena*-Bewegung auf Jahre hinaus zu zementieren. Dafür schwächte er demokratische Kontrollmechanismen und die Gewaltenteilung.

In der Sicherheitspolitik versprach AMLO „Küsse statt Schüsse“. Er unterbreitete den Kartellen eine Art Friedensangebot, in der Hoffnung, an die *Pax narca* der PRI-Ära anknüpfen zu können. Mit Sozialprogrammen für Jugendliche wollte er der Mafia den Nachwuchs abspenstig machen. Gleichzeitig kürzte er aber alle Sozialprogramme, die über zivilgesellschaftliche Organisationen abgewickelt wurden, wie Frauenhäuser, Kinderkrippen oder Freizeiteinrichtungen für Jugendliche. Er vertiefte zudem die Militarisierung durch eine Verfassungsreform, die dem Militär die Kontrolle über die innere Sicherheit garantierte, und schaffte rechtliche Schutzmechanismen für Gewaltopfer ab. Resultat: Morde und das Verschwindenlassen von Menschen erreichten neue Rekorde; mit Rechtsstaat und Demokratie ging es bergab.

AMLOs seit 2024 regierende Nachfolgerin Claudia Sheinbaum setzte einen neuen Akzent. Sie versprach die Stärkung polizeilicher Ermittlungsmethoden, mehr internationale Zusammenarbeit und die Bekämpfung von Geldwäsche. Experten halten das zwar für sinnvoll, und die Mordrate ging anfangs auch leicht zurück. Doch die Idee stößt auf Widerstand im zuvor ermächtigten Militär, in der eigenen Partei (mächtige Politiker sind in kriminelle Geschäfte verstrickt) und bei US-Präsident Donald Trump. Dieser drängt mit Blick auf seine eigenen innenpolitischen Interessen auf eine Rückkehr zum Drogenkrieg und auf kurzfristige mediale Knalleffekte wie die Festnahme von Mencho. Für Mexikos Zivilbevölkerung, die inzwischen den Übergriffen von Kartellen und Sicherheitskräften gleichermaßen schutzlos ausgeliefert ist, sind das schlechte Nachrichten.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für **Die Zeit** und **Die Welt**.